



## Liechtenstein hat, was die Schweiz möchte

Im Fürstentum gilt eine Einwanderungs-Schutzklausel

Liechtenstein hat mit der EU eine grosszügige Einwanderungs-Schutzklausel ausgehandelt. Die Bevölkerung wächst aber trotzdem rascher als hierzulande.

SIMON GEMPERLI

Man muss die europäische Landkarte mit der Lupe absuchen, um einen Flecken zu finden, wo das Prinzip des freien Personenverkehrs nicht gilt. Das Fürstentum Liechtenstein mit seinen 37 000 Einwohnern hat sich vor dem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum eine Sonderregelung ausgehandelt. Es muss jährlich nur 72 Aufenthaltsbewilligungen an Angehörige von EWR-Staaten ausstellen. Dazu kommen gemäss einer anderen Vereinbarung 17 Bewilligungen für Schweizer.

### Die Crux mit den Zupendlern

Nun könnte man meinen, Liechtenstein habe die Zuwanderung mit diesem Spezialarrangement in Grenzen halten können. Das Land weist aber gemessen an seiner Bevölkerung die vierthöchste Einwanderung aller europäischen Staaten auf. Die Zahl der Einwohner wuchs

stein beherbergt mehrere Industrieunternehmen, die Weltmarktführer sind und deren Spitzenkräfte unter Umständen nicht gewillt sind, in ein Land zu kommen, wo sie keine Arbeitsbewilligung erhalten.

Ähnlich wie in der Schweiz wird auch in Liechtenstein eine Debatte über Fluch und Segen der Zuwanderung geführt – trotz Kontingenten. Eine von der Stiftung «Zukunft.li» finanzierte Studie stellt fest, dass ein Beschäftigungsboom und nicht ein Produktivitätsboom stattgefunden hat. Das gilt besonders, aber nicht nur, seit der Bankensektor vor rund einem Jahrzehnt unter Druck gekommen ist. Die reale Produktivität ist auch in der Industrie rückläufig.

Dank den Grenzgängern und den Zugewanderten wächst die Wirtschaft beachtlich und weit rascher als in den Nachbarländern. Doch das ist nur die halbe Wahrheit, weil ein grosser Teil der Einkommen ins Ausland fliesst. Der Binnenkonsum leidet darunter. Die Einkommen der in Liechtenstein wohnhaften Personen (das reale Bruttonationaleinkommen pro Kopf) bewegt sich heute praktisch auf dem gleichen Niveau wie Mitte der neunziger Jahre, wobei die Stagnation schon lange vor dem Einbruch in der Finanzbranche begann.

### Inländer-Einkommen im Fokus

Die erwähnte Untersuchung, die vom Liechtenstein-Institut und vom Büro Intras ausgeführt wurde, schätzte die Auswirkungen der Einführung der Personenfreizügigkeit auf Liechtenstein bis im Jahr 2035. Selbst bei weitgehenden flankierenden Massnahmen insbesondere auf dem Immobilienmarkt rechnen die Autoren mit einem Einbruch des Bruttonationaleinkommens und einem Anstieg der Bevölkerung um 8 Prozent.

Für ein solches Szenario können sich weder die Wissenschaftler noch die Liechtensteiner Politiker erwärmen. Weil die Ausländerkontingente keine Garantie für Wohlstand sind, dreht sich die Diskussion im kleinen Nachbarland seit einigen Jahren um das Zauberwort qualitatives Wachstum.

Die Steigerung der Produktivität steht auch im Zentrum der Standortstrategie der Landesregierung. Diese unterscheidet sich inhaltlich nicht wesentlich von jener des Schweizer Bundesrats, ist aber stärker fokussiert auf die wenig arbeitsintensive Produktion. Vorangetrieben werden die Digitalisierung und die Ansiedlung von Hightech-Firmen. Aber ein Patentrecht für steigende Einkommen bei konstanter Bevölkerungsgrösse und weniger Staus an der Grenze hat auch im Fürstentum niemand.

### Produktivität statt Zuwanderung

Kommentar auf Seite 11

seit dem EWR-Beitritt 1995 bis 2015 um 21 Prozent. In der Schweiz betrug das Wachstum in der gleichen Zeitspanne 17 Prozent, in Österreich 8 Prozent, und in Deutschland stagnierte es.

Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass in Vaduz weit mehr Aufenthaltsbewilligungen erteilt werden, als aufgrund der internationalen Verpflichtungen nötig wären. Der Druck der Wirtschaft, die Kontingente weiter zu erhöhen, ist gross. Bemerkenswert ist die hohe Zuwanderung auch vor dem Hintergrund, dass die Hälfte der knapp 40 000 Erwerbstätigen in Liechtenstein im benachbarten Ausland wohnen. Der Anteil dieser Zupendler am Total der Erwerbstätigen ist seit 1995 von 35 auf 53 Prozent gestiegen.

Die Rekrutierung von Grenzgängern funktioniert also trotz Kontingenten und kurzen Arbeitswegen nur zum Teil. Hochqualifizierte Arbeitskräfte seien oft nur unter der Bedingung einer Aufenthaltsbedingung zu gewinnen, sagt ein Wirtschaftsvertreter. Die Gründe seien dabei oft prinzipieller Natur. Liechten-

## «Mehr als eine Unterschrift»

Auch der Nationalrat möchte mehr gegen Gewalt an Frauen tun

Mit dem Beitritt zu einer Europakonvention möchte der Bundesrat versuchen, Gewalt an Frauen zu verhindern. Auch die grosse Kammer hat dem Beschluss zugestimmt. Doch das Vorhaben ist nicht allen Bürgerlichen geheuer.

VALERIE ZASLAWSKI, BERN

Häusliche Gewalt ist ein weltweites Problem, auch in der Schweiz: 17 000 angezeigte Fälle wurden hierzulande laut Kriminalstatistik im Jahr 2015 registriert. Allein im vergangenen Jahr sind 18 Frauen und ein Mann als Folge von häuslicher Gewalt ums Leben gekommen. Rund 40 Mal pro Tag muss die Polizei deswegen durchschnittlich ausrücken. Gewalt gegen Frauen (sowie Männer oder Kinder) soll europaweit stärker bekämpft werden. Dazu beitragen möchte der Bundesrat mit einem Beitritt zur sogenannten Istanbul-Konvention des Europarates.

### Umstrittener als angenommen

Die Vertragsstaaten – bis anhin wurde die Konvention von 44 Ländern unterzeichnet – haben einen Katalog an Vorschriften zu erfüllen: Im Bereich des Strafrechts müssen sie psychische, physische und sexuelle Gewalt, Stalking, Zwangsheirat, die Verstümmelung weiblicher Genitalien sowie Zwangsabtreibung und Zwangssterilisierung für

strafbar erklären. Die entsprechenden Bestimmungen sind sehr detailliert geregelt. Die Ratifizierung der Konvention brauche in der Schweiz dennoch keine neuen Gesetze und keine Gesetzesrevision, versicherte der Bundesrat in seiner Botschaft, da die Schweiz die Vorgaben bereits erfülle. Ein Beitrag sei wichtig und würde die Prävention hierzulande voranbringen. Auch leistete die Schweiz damit auf internationaler Ebene einen bedeutenden Beitrag.

Die Sache scheint demnach auf den ersten Blick unumstritten; oder wer könnte nicht hinter dem Grundanliegen der Konvention stehen? Und so stimmte nach dem Ständerat am Mittwoch auch der Nationalrat mit 123 zu 50 Stimmen dem Beitritt zur Istanbul-Konvention zu. Bereits seine vorbereitende Rechtskommission hatte mit 15 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung dem Bundesbeschluss zugestimmt. «Mit dem Beitritt können wir klar zum Ausdruck bringen, dass wir häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen nicht tolerieren», sagte Kommissionspräsidentin Viola Amhed (csp, Wallis). Das Geschäft ist damit abgeschlossen.

Ganz unumstritten war es indes nicht: Gegen den Beitritt zur Konvention gestellt hatten sich insbesondere Vertreter der SVP. Die Konvention bildet ihrer Meinung nach für die Schweiz eine übermässige und nicht notwendige verbindliche Einschränkung. So würde sich die Schweiz laut Auszügen aus dem Vertragstext unter anderem zum Ziel bekennen. «Bräuche, Traditionen und alle sonstigen Vorgehensweisen, die

(...) auf Rollenzuweisungen für Frauen und Männer beruhen, zu beseitigen». Es müssten Sensibilisierungsprogramme und regelmässige Kampagnen «zur Bewusstseinsbildung» durchgeführt werden, die Schweiz müsste die Genderthematik nicht nur in Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie in den Medien aufnehmen, sondern auch eine nationale Koordinationsstelle und eine neue nationale Telefonberatung bereitstellen. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention wird zudem durch eine unabhängige Expertengruppe überwacht, was der SVP ebenfalls ein Dorn im Auge ist.

### Keine Frage der Nationalität

Auch fokussiert die Konvention laut der Volkspartei zu fest auf Frauen, Männer und Knaben würden benachteiligt. Andrea Geissbühler (svp, Bern) sagte, auch die SVP verurteile Gewalt und wolle die Täter zur Rechenschaft ziehen. Sie glaube aber nicht, dass häusliche Gewalt mit dieser Konvention verhindert werden könne. Justizministerin Simonetta Sommaruga kontierte: «Die Konvention ist mehr als eine Unterschrift.» Es gehe um Verpflichtungen. Walter Wobmann (svp, Solothurn) wollte wissen, wie viele der Gewaltfälle von «Menschen mit Migrationshintergrund» verübt worden seien, und erntete Beuhufe aus dem Saal. Sommaruga betonte, häusliche Gewalt sei weder eine Frage des Alters noch der sozialen Schicht – und auch nicht der Nationalität. «Häusliche Gewalt kommt überall vor.»

## Schweizer zahlen teure Bürgerschaft

Nationalrat genehmigt 215 Millionen Franken für die Hochseeschiffe

(sda) · Der Nationalrat hat am Mittwoch bei der Behandlung der Nachtragskredite dem grössten Posten, jenem für die Hochseeschiffe, zugestimmt. Dieser Kredit gab in der grossen Kammer am meisten zu reden: Der Nachtragskredit für Schweizer Hochseeschiffe beträgt satte 215 Millionen Franken. Der Rat stimmte schliesslich zähneknirschend mit 104 zu 69 Stimmen bei 14 Enthaltungen zu. Das Parlament habe keine Wahl, es habe der Bürgerschaft zugestimmt und müsse nun die Verpflichtung erfüllen, sagten viele Redner.

Gegen den Kredit stellte sich Ulrich Giezendanner (svp, Aargau). Er habe der Bürgerschaft zugestimmt, weil die damals zuständige Bundesrätin Doris Leuthard das Risiko als minimal bezeichnet habe, sagte er. «So blöd war ich.» Nun zu zahlen, sei Ehrensache, doch gelte es dafür zu sorgen, dass die übrigen rund 600 Millionen der Bürgerschaft nicht auch noch verloren gingen. Der Bund ist für Schiffe unter Schweizer Flagge Bürg-

schaften über insgesamt 770 Millionen Franken eingegangen. Bruno Pezzatti (fdp, Zug) gab zu bedenken, dass er damit die Versorgungssicherheit habe gewährleisten wollen. Das sei nachvoll-

### Sorglos ins Debakel

Kommentar auf Seite 11

ziehbar. Nachträgliche Vorwürfe seien fehl am Platz. Aus dem Verkauf von 13 Schiffen, die in Schieflage geraten sind, erzielte der Bund rund 74 Millionen Franken. Der Ausfall beträgt damit voraussichtlich 190 Millionen. Im Kredit von 215 Millionen Franken ist eine Reserve eingerechnet.

Finanzminister Ueli Maurer wies darauf hin, dass der Bund bezahlen müsse, auch wenn das Parlament den Nachtragskredit ablehne. Die Bürgerschaft sei

zuletzt 2008 gewährt worden. Damals sei man von einem geringen Risiko ausgegangen. Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann beteuerte, sein Departement habe einen grossen Aufwand betrieben, um den Schaden möglichst gering zu halten. Dass weitere Schiffe in Schieflage geraten könnten, schloss er allerdings nicht aus. «Ich kann Ihnen keine Garantie geben», sagte er.

Schneider-Ammann sah sich mit einer Reihe von Fragen konfrontiert. So wollte Thomas Aeschi (svp, Zug) wissen, wer denn nun verantwortlich sei: Bundesrätin Leuthard oder er. Der Wirtschaftsminister antwortete, der Bundesrat stehe als Kollektivorgan in der Verantwortung. Die Administrativuntersuchung ist abgeschlossen, kann aber noch nicht veröffentlicht werden, weil sich Betroffene wehren. Laut Schneider-Ammann können die Mitglieder der Finanzkommission indes in den nächsten Tagen Einsicht in den Untersuchungsbericht nehmen.

## AUS DER SESSION



### Neue Kommission für Sprachenfragen

(sda) · Der Ständerat will eine ausserparlamentarische Kommission für Sprachenfragen ins Leben rufen. Er hat eine Motion von Stefan Engler (csp, Graubünden) mit 17 zu 16 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Nach dem Willen Englers soll sich die Kommission mit

der Verständigung und dem Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften beschäftigen und den Bundesrat in allen Fragen der Sprachenpolitik beraten, die in die Kompetenz des Bundes fallen. Als Nächstes befasst sich der Nationalrat mit der Motion.

### Steuerprivileg für Hotels für zehn Jahre verlängert

(sda) · Das Steuerprivileg für Hotels wird um zehn Jahre bis 2027 verlängert. Der Nationalrat hatte sich in seiner ersten Beratung für eine unbefristete Verlängerung ausgesprochen. Nachdem der Ständerat für eine Dauer bis 2027 gestimmt hatte, lenkte die grosse Kammer aber ein. Der Sondersatz für die Hotellerie gilt seit 1996: Die Mehrwertsteuer wurde von den üblichen 8 auf 3,8 Prozent gesenkt. Dem Bund entgehen dadurch jährlich Einnahmen von rund 200 Millionen Franken. Ende Jahr wäre das Steuerprivileg ausgelaufen.

### Steuertransparenz bei multinationalen Konzernen

(sda) · Das Parlament will multinationale Konzerne zu Transparenz verpflichten und so verhindern, dass Gewinne in Tiefsteuerländern verschoben werden. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer multilateralen Vereinbarung zugestimmt.

### Kronzeugenregelung für Terrororganisationen

(sda) · Gerichte sollen Mitglieder terroristischer Organisationen milder bestrafen können, wenn diese den Behörden wertvolle Informationen liefern. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat dafür ausgesprochen. Er nahm eine Motion seiner Rechtskommission an. Über eine Strafmilderung würde in jedem Fall das Gericht entscheiden. Die Staatsanwaltschaft könnte nichts verbindlich zusichern.